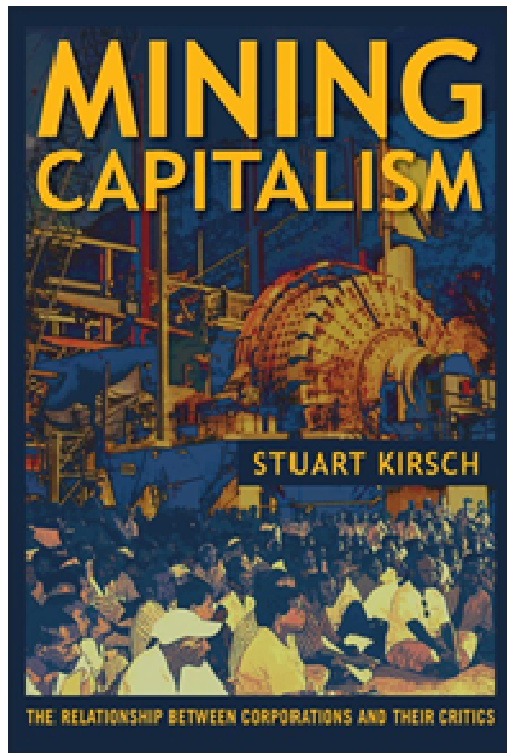


Stuart Kirsch: Mining Capitalism. The Relationship between Corporations and Their Critics. Oakland, California: University of California Press, 2014, 314 Seiten, € 28,68.



Die Monographie thematisiert die 30jährige Umweltkatastrophe der Ok Tedi Mine in der Western Provinz des südpazifischen Inselstaates Papua-Neuguinea (PNG) und die damit auch mit angestoßene Entstehung und Globalisierung von Umwelt- und Protestbewegungen. Darüber hinaus werden die Beziehungen zwischen Bergbaukonzernen, ihren Kritikern und indigenen Gemeinschaften mit dem zentralen Fokus auf Ressourcenextraktion, Umwelt und Menschenrechten analysiert. Diese Geschichte zeigt das weitgehende Scheitern einer marktbasierenden Politik zu Gunsten eines fortbestehenden Status quo, welcher „allows corporations to continue externalizing the costs of production onto society and the environment, despite making widely publicized claims about the social benefits of their activities, their commitment to abide by existing laws and regulations, their willingness to cooperate with the state, and their responsibility as corporate citizens“ (1). Der Autor lehrt Anthropologie an der University of Michigan. Seit seiner Feldforschung bei den Yonggom am unteren Ok Tedi Fluss

der Jahre 1987 bis 1989 engagiert sich Kirsch als Wissenschaftler und Aktivist.

Die ersten drei Kapitel (Colliding Ecologies, Politics of Space und Down by Law) skizzieren die Krise um die 1984 in Betrieb gegangene Gold- und Kupfermine Ok Tedi. Dabei werden auch Vergleiche zu weiteren Konfliktminen der melanesischen Region (Freeport-McMoRan im indonesisch besetzten Westpapua, Panguna auf Bougainville, Porgera, Lihir (alle PNG) sowie die Gold Ridge Mine in den Salomon Inseln) herangezogen. Mehr als zwei Milliarden Tonnen an schwermetall- und chemikalienhaltigen Verarbeitungsrückständen (tailings) und Abraum (waste rock) wurden seitdem in die Flüsse Ok Tedi und Fly entsorgt. Mit dem voraussichtlichen Produktionsende 2025 wird der ehemals 2.094 Meter hohe Mt. Fubilan unter dem Meeresspiegel liegen. Bis heute sind mehr als 2.000 km² Überflutungsgebiet in einem der ehemals größten Regenwälder der Erde zerstört (mehr als das Doppelte der Fläche Berlins): „Three decades of mining have transformed the verdant landscape along the river corridor into a moonscape of gray tailings“ (16).

Da die australische Broken Hill Proprietary (BHP) als Mehrheitseigner der Mine noch bis 1999 jeglichen Einfluss des Projekts auf die Natur leugneten und lokaler Widerstand ergebnislos blieb, führten politische Allianzen mit NGOs weltweit zu einer Internationalisierung des Konflikts, eine der ersten großen Protestbewegungen gegen die Bergbauindustrie auf drei Kontinenten. Die Starnberger Studie, eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing und die Vortragsreise von Alex Maun im Rahmen des Pazifik-Netzwerks (hier „Pacific Action Network“) führten 1992 in Deutschland zu durchschlagendem Erfolg. Nicht nur votierte der Bundestag parteienübergreifend für die Berücksichtigung der Umweltfolgen. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG (Tochter der KfW), Degussa und Metallgesellschaft trennten sich auch bis 1994 von ihren Anteilen. Da das Umweltdesaster in PNG selbst keine Reaktion fand, zogen 30.000 Landbesitzer 1994 vor den australischen Supreme Court. Der Staat PNG reagierte darauf mit Kompensationszahlungen von künftig 95 US\$ pro Person und Jahr für diejenigen, die die Klage zurückziehen, sowie mit der Kri-

minimalisierung der Kläger in Übersee. Das Gesetz war, wie der Premierminister PNGs 1995 zugestehen musste, von Anwälten BHPs formuliert worden.

Da sich der Bau eines Rückhaltedammes trotz eines Vergleichs vor Gericht nicht abzeichnete, zogen 2000 erneut 46.000 Anwohner vor das australische Gericht, was wiederum durch „Community Mine Continuation Agreements“ (CMCA) mit Betreiber und Staat beendet wurde. Angesichts des Image-schadens und weiterer absehbarer Konflikte um die Mine zog sich BHP nach der Fusion mit Billiton 2001 aus dem Projekt zurück, nicht ohne generelle Immunität durch die Regierung. Statt der durch den Staat verhinderten Minenschließung wurden die Anteile einem in Singapur registrierten unabhängigen Zukunftsfonds (Sustainable Development Program, SDP) übertragen. Zwei Drittel der Profite aus dem Minenbetrieb fließen seitdem in den Fonds, ein Drittel in provinz- und landesweite Entwicklungsinvestitionen und davon nur ein Neuntel an die Betroffenen. 2013 folgte schließlich das vorerst letzte Kapitel, hier im Epilog abgehandelt. Der Staat enteignete die Mine und sprach den Landbesitzern später ein Drittel der kommenden Erträge zu. Der Zugriff der Regierung auf den Zukunftsfonds mit 1,4 Mrd. US\$ Einlagen scheiterte. Verhandelt wird jetzt vor Gericht in Singapur sowie vor einem nicht-staatlichen Schiedsgericht der Weltbank in Washington.

Die Reaktionen der Bergbauindustrie auf die Globalisierung der Umweltkritiker thematisiert das folgende Kapitel (Corporate Science). Diese zielen nicht etwa auf die Lösung der Umweltprobleme sondern auf Konzernstrategien und Außenbeziehungen, die allein die Ressourcenextraktion und die Integrität der Unternehmen im Blick haben. Die Vorlagen dazu stammen von der Tabakindustrie, der es über Jahrzehnte gelungen ist, mit die Förderung von Zweifel und Unsicherheit staatliche Eingriffe zum Schutz der Gesundheit zu verhindern (weitere Beispiele sind hier die Asbest- und Nahrungs- sowie die Öl- und Pharmaindustrie). Es geht um die Kontrolle von Informationen sowie die strategische Manipulation und Verwendung von Wissenschaft als zentralem Merkmal der Beziehung zwischen Konzernen und Kritikern. Wissenschaftliche Autorität und Forschung ist die politische Ressource, die es sich anzueignen gilt. Werden hier noch Stiftungsprofessuren, Spenden und Forschungsprojekte der Industrie an Universitäten berücksichtigt, wird klar, in welchem Umfang verfügbare Expertise privat angeeignet und manipuliert und damit Fakten der Öffentlichkeit entzogen werden.

Das anschließende Kapitel (Industry Strikes Back) erweitert die Analyse um soziale Technologien, die die Konzerne seit Ende der 1990er Jahre gegen den indigenen Widerstand und die Kritik der NGOs entwickelt haben. Aufgezeigt wird, wie sich die Industrie den Diskurs der Kritiker einschließlich deren Sprache von Verantwortung und Nachhaltigkeit (so das Oxymoron eines nachhaltigen Bergbaus) sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht aneignet, um Kritik zu neutralisieren und die Deutungshoheit zurückzugewinnen. Hinzu kommt die Einbindung von großen Umwelt-NGOs durch die Gründung gemeinsamer Projekte und Kommissionen, in denen Informationen nur gegen Vertraulichkeit getauscht werden. Dies führt nicht nur zur Spaltung der NGO-Szene, sondern unterminiert auch die Glaubwürdigkeit der Beziehungen von Umweltorganisationen zu indigenen Gruppen, die nicht mehr bereit sind, diese Nähe zur Industrie zu akzeptieren. Geben sich Gruppen in ihrer Kritik als „unvernünftig“, folgt die politische Schikanierung bis hin zur Sprache der nationalen Sicherheit: „The NGOs, like terrorists, do not seem to abide by the rules of the game“, so die konservative Washingtoner Heritage Foundation (256).

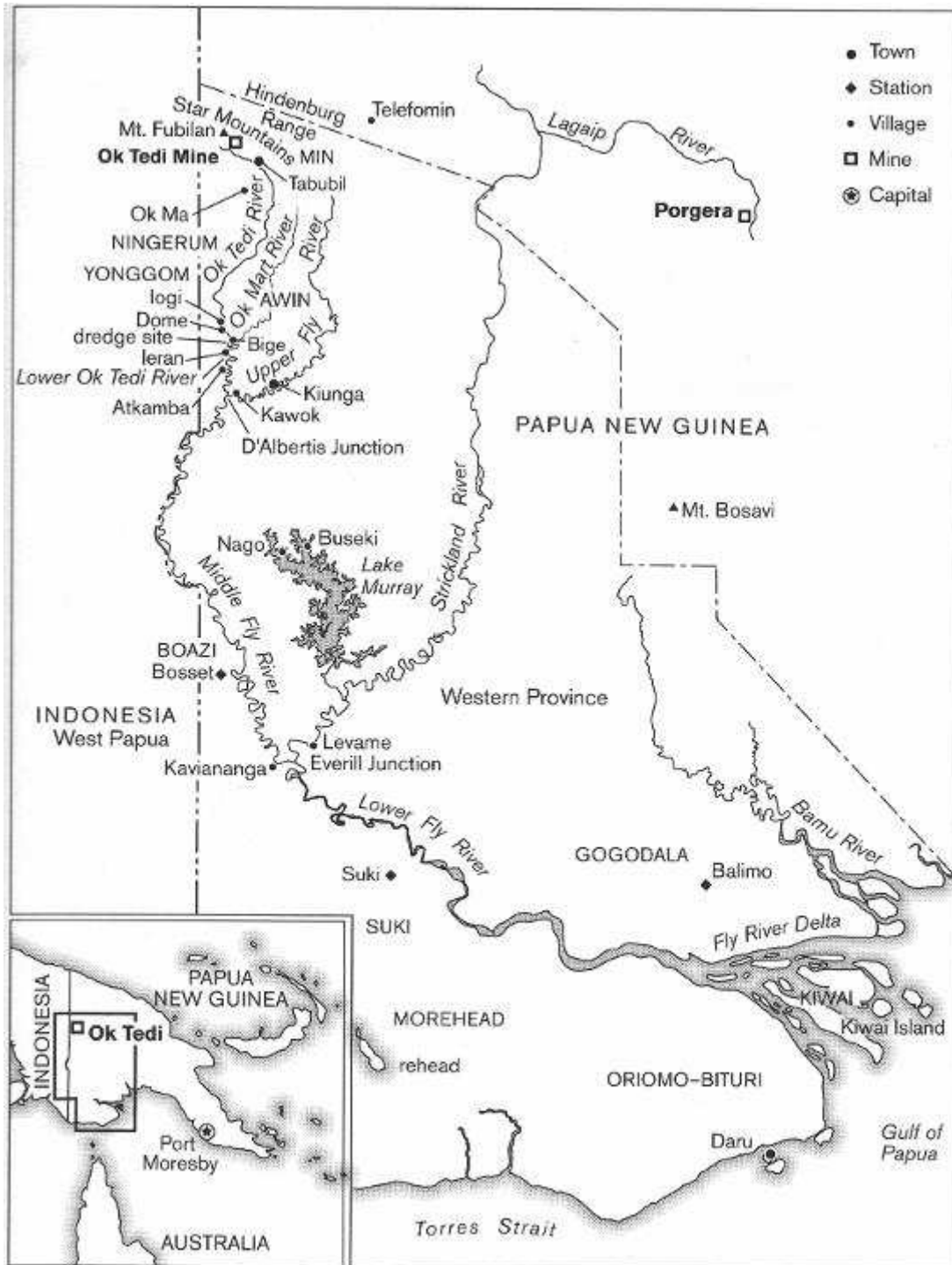
Zu nennen ist auch die 1999 von Bergbaukonzernen gegründete *Global Mining Initiative*, die 2001 in den *International Council on Mining and Metals* umbenannt wurde. Der Gruppe gehören heute viele große Bergbaufirmen an. Eine eigene „audit culture“, ein System der freiwilligen Selbstver-

pflichtung, „simulates reform in order to avoid the imposition of real constraints on its operations“ (171). Sie zielt auf den freien Markt als effizientestes Mittel zur Problemlösung. Ein letztes Kapitel (New Politics of Time) eruiert dann abschließend neue politische Strategien, um künftige Umweltschäden zu verhindern. Dies beinhaltet nicht nur eine Projektbegleitung vor Produktionsbeginn, sondern auch den frühen Druck auf internationale Finanzinstitutionen hinsichtlich der Konditionalitäten (Hedge Funds sind dann oft die Lückenfüller). Hinzu kommen die Forderung nach Anerkennung indigener Rechte für eine Freie, Vorherige und Informierte Zustimmung (FPIC), *consultas* oder Referenden in Lateinamerika, die zunehmend von sozialen Bewegungen als Ausdruck lokaler Rechte zur Selbstbestimmung angewendet werden, sowie virtuelle Netzwerke im Internet zur weltweiten Mobilisierung.

Abgesehen von kleineren Fehlern (etwa dem Auftraggeber der Starnberger Studie) und unpassenden, weil auf der wirtschaftlichen Mikroebene verorteten Bezügen auf das Konzept des Ressourcenfluchs handelt es sich um eine detailreiche Studie, die zahlreiche Schlussfolgerungen zulässt. Zuerst die kaum überraschende Erkenntnis, dass eine Regulierung der Bergbauindustrie („mining governance“) trotz aller Bemühungen der Zivilgesellschaften noch in weiter Ferne liegt. Dem steht die Arroganz multinationaler Konzerne gegenüber, die sich am besten mit den Worten des Freeport-CEO James Moffett wiedergeben lässt. Angesichts der massiven Sedimenteinträge der Grasberg Mine, das Dreifache von Ok Tedi, erklärte dieser nur: „[It’s] the equivalent of me pissing into the Arafura Sea“ (139). Statt gesetzlich verbindlicher Regelwerke ist die Politik immer mehr dazu bereit, Rechte der Öffentlichkeit und des Staates an der Kontrolle und Regulierung der Konzerne diesen selbst zu überantworten. Der Trend zeigt sich etwa am neuen, im September 2014 im Parlament des australischen Queensland durchgewunkenen „Mineral and Energy Resources Act“, der künftig Bürgerrechte des Einspruchs gegenüber 90% der neuen Minen aus vorgeblichen Effizienzgründen ausschließt.

Als Pioniertat der Nutzung des Rechts wegen der Schädigung von Subsistenzrechten indigener Völker sind die beiden Ok Tedi Klagen in Australien anzusehen. Rechtsstreitigkeiten bleiben aber ein langes, kompliziertes und finanziell riskantes Unterfangen. Dies zeigen die beiden langjährigen Klagen gegen Freeport (Grasberg) in New Orleans und Rio Tinto (Bougainville) in Los Angeles, die beide 2013 endgültig abgewiesen wurden. Die Referenden in Lateinamerika wiederum belegen kleine Fortschritte an vielen Fronten, die Hoffnung machen, auch wenn Optimismus deplatziert ist.

In PNG dagegen nimmt die Umweltkatastrophe weiter ihren Lauf. Obwohl die Nullerjahre für die Mine und damit vor allem für den Staat hochprofitabel verliefen, der Reingewinn lag bei fünf Milliarden US\$, was einer Gewinnmarge von 60% entsprechen soll, wurde der Bau eines Rückhalte Damms abgelehnt. Auf dem Spiel steht hier nichts weniger als der gesamte Fly River und Teile des Papuan Gulf und der Torres Strait. Die Anwohner, desillusioniert wie die beiden Vorkämpfer Rex Dagi und Alex Maun, denen das Buch gewidmet ist, sind gefangen zwischen ihrem alten und neuen Leben, in dem die Umweltschäden die frühere Subsistenzwirtschaft zerstört haben, andererseits Erwartungen von Modernität in Form eines höheren Lebensstandards, besserer Gesundheits- und Bildungsbedingungen sowie einer nachhaltigen wirtschaftlichen Partizipation nicht erfüllt werden. Aufgrund der kapitalintensiven Produktion erweisen sich die Kompensationszahlungen als einzige *Raison d’Être*, die zudem auf die Zeit des Minenbetriebs beschränkt ist. Das Buch motiviert zu politischem Engagement zur Gestaltung einer alternativen Zukunft, in der Konzerne ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden. (Anhang Karte S. 17)



MAP 1. The Fly River from the Star Mountains to the Gulf of Papua, Papua New Guinea.